

Entwicklungsphasen und Probleme der Gegenreformation und katholischen Erneuerung in Böhmen

Von WINFRIED EBERHARD

Die zweihundertjährige Epoche der böhmischen Reformation¹ war geprägt von einer beständigen religiösen und politischen Auseinandersetzung zwischen hussitischer – später evangelischer – und katholischer Religionspartei. Zur offiziellen hussitischen Kirche der Utraquisten oder Kalixtiner, die sich auf die „Kompaktaten“ mit dem Basler Konzil stützten und landesgesetzlich anerkannt waren, gehörte in Böhmen die übergroße, in Mähren immerhin eine deutliche Mehrheit vor allem der tschechischen Bevölkerung – unter den Ständen die meisten freien königlichen Städte, der Großteil der Ritter (Niederadel) und ein guter Teil des Herrenstandes (Barone). Ihnen gegenüber stand die katholische Minderheit einiger Städte und einer bedeutenden Gruppe mächtiger Barone – neben dem seit 1471 katholischen Königtum. Die Geistlichkeit beider Konfessionen bildete seit der Revolution keinen politischen Stand mehr, die meisten ehemaligen Kirchengüter waren besetzt, enteignet oder verpfändet – und zwar waren sie auch im Besitz von katholischen Grundherren und Städten.

Die Bedeutung und Brisanz dieser konfessionellen Polarität lag nun vor allem darin, daß sie sich verband mit dem ständepolitischen Gegensatz zum Herrscher². Die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der utraquistischen Konfession und Kirchenorganisation gegenüber dem König verteidigten die Stände nämlich nachdrücklich als Komponente ihrer ständepolitischen Selbstbestimmung. Und umgekehrt stand und fiel der Utraquismus letztlich mit der politischen Position der böhmischen Stände³. Dieser Zusammenhang, aus der Revolution erwachsen, war im 16. Jahrhundert zu einer selbstverständlichen ständischen Mentalität aus langer Tradition geworden.

Aus diesen langfristigen Voraussetzungen erklären sich zahlreiche Schwierigkeiten der katholischen Regeneration bis 1620 und die unendliche Zähigkeit, mit der Gegenreformation und katholische Erneuerung in den böhmischen Ländern zu kämpfen hatten – weit mehr noch als in den österreichischen Ländern, wenn man das oppositionelle Bewußtsein der böhmischen Stände, den Verlust an Kirchengut und den Trend der Patronatsherren zur grundherrlichen Kirchenhoheit berücksichtigt⁴.

Über diese langfristigen Voraussetzungen hinaus machte sich im 16. Jahrhundert überdies die lutherische Reformation bald auch in den böhmischen Ländern bemerkbar. Im ursprünglich katholischen deutschsprachigen Bereich West- und Nordböhmens wurde das Luthertum in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts zwar nur in einigen Grundherrschaften und Städten aufgenommen, nahm nach 1550 aber rapide zu, während sich in den tsche-

chischen Regionen die böhmischen Brüdergemeinden verbreiteten, denen 1530 eine Gruppe von Adeligen erstmals offen und förmlich beiträt. Überdies und vor allem verstärkte sich innerhalb der utraquistischen Kirche und ihrer Stände unter dem Eindruck des Luthertums schon seit den dreißiger Jahren allmählich der linksutraquistische, evangelische Flügel. Er einigte sich schließlich 1575 mit den lutherischen Ständen und teilweise dem Brüderadel auf eine modifizierte Fassung der *Confessio Augustana* und präsentierte sie als „*Confessio Bohemica*“ dem Kaiser⁵. So weit zur Situation, mit der die katholische Kirche um die Mitte des 16. Jahrhunderts in Böhmen konfrontiert war.

Ferdinand I. hatte seit Beginn seiner Herrschaft versucht, den Utraquismus auf den strikten Wortlaut der Basler Kompaktaten zu begrenzen, damit evangelische Neuerungen zu verhindern und so durch Bewahrung der Nähe zwischen Kompaktaten-Utraquismus und katholischer Kirche eine künftige Einigung zu ermöglichen⁶. Zu gegenreformatorischen Maßnahmen und einer aktiven Reformpolitik gab ihm jedoch erst die Niederlage des Ständeaufstands von 1547 Gelegenheit und Anlaß. In den fünfziger Jahren begann somit in Böhmen eine erste Phase katholischer Erneuerungspolitik⁷. Zunächst ging es um strengere Abwehrmaßnahmen gegen Nichtkatholiken und um die königliche Kontrolle über den traditionellen Kompaktaten-Utraquismus⁸.

Einen über Abwehrmaßnahmen hinausgehenden positiven und weittragenden Versuch zur Rekatholisierung begann Ferdinand I. aber ebenfalls bald nach dem Ständeaufstand. Die hier aufgegriffene Politik prägte die habsburgische Strategie bis Ende des 16. Jahrhunderts. Es ging um die Union der utraquistischen mit der katholischen Kirche unter der Ägide eines gemeinsamen Erzbischofs, der auch utraquistische Priester weihen sollte, wenn sie ihm Gehorsam versprachen und sich an die Kompaktaten hielten. Diesen Vorschlag legte der König 1549 dem Landtag vor, der ihm prinzipiell zustimmte, mit der Bedingung freilich, daß die ehemaligen erzbischöflichen Güter ihren jetzigen Besitzern garantiert blieben⁹. Aus Verhandlungen mit dem utraquistischen Konsistorium und dem päpstlichen Nuntius gingen Unions-Artikel hervor, die die katholische Auffassung von Eucharistie, Meßopfer, Liturgie und Heiligenverehrung ebenso formulierten wie den Gehorsam gegenüber Papst und Erzbischof. Nachdem Administrator und utraquistisches Konsistorium den Artikeln zugestimmt hatten¹⁰, wurden sie jedoch von den Universitätsmagistern und der evangelischen Mehrheit eines utraquistischen Ständetages nachdrücklich verworfen¹¹. Das Scheitern dieses Versuchs machte die entscheidende Grenze des gesamten Konzepts deutlich: Letztlich entschied die Haltung der Stände nämlich über die utraquistische Religionspolitik; der Konsens mit Konsistorium und „altutraquistischen“ (d. h. romfreundlichen) Geistlichen reichte bei weitem nicht aus, da die oberste Autorität in der utraquistischen Kirche immer von den Ständen ausgeübt wurde¹².

Dennoch, oder besser: gerade deshalb suchte der König in der Folgezeit die Kontrolle über die utraquistische Kirchenleitung zu sichern, um für die Zukunft die Chancen einer möglichen Union zu wahren¹³. Als es unter dem neuen Erzbischof nämlich darauf ankam, diesem die utraquistischen Geistlichen zu unterstellen, ging Ferdinand endgültig gegen die ständische Prerogative vor: Er lehnte das Ergebnis einer ständischen Konsistoriumswahl ab und besetzte Administratur und Konsistorium selbst mit zuverlässigen Altutraquisten¹⁴. Adelige Defensores, die die Stände gewöhnlich gewählt hatten, wurden nun überhaupt nicht mehr bestellt. Diese Einsetzung der Kirchenleitung durch den König erfolgte bis zum Majestätsbrief 1609¹⁵. Zwar behielt der König damit das Instrument für einen utraquistischen Konsens mit der katholischen Kirche in der Hand, zugleich isolierte er das Konsistorium aber durch diese Bindung von den evangelisch-utraquistischen Ständen. Die Vorstellung des Nuntius und der Jesuiten, über das Konsistorium Einfluß auf die evangelischen Utraquisten zu bekommen¹⁶, mußte sich daher von vornherein als Illusion erweisen¹⁷. Das Konzept einer Union auf dem Weg über den traditionellen Altutraquismus, wie es seit den zwanziger Jahren entwickelt worden war, scheiterte, da es erstens nur auf obrigkeitliche Kontrolle ausgerichtet war, und da zweitens die nötigen Konzessionen für einen minimalen Pluralismus von Rom verweigert wurden; das sollte sich in der Frage von Laienkelch und Priesterordination deutlich erweisen.

Die entscheidenden zukunftsweisenden, am Ende erfolgreichen Initiativen, die Ferdinand I. für eine katholische Erneuerung parallel zu seinen gegenreformatorischen Maßnahmen ebenfalls in den fünfziger Jahren ergriff, betrafen die Grundlagen der Misere der katholischen Kirche in Böhmen: den Priestermangel und die fehlenden Bildungsmöglichkeiten zum einen, die schwache Autorität der geistlichen Leitung und deren finanzielle und politische Möglichkeiten zum anderen. Mit der Berufung der Jesuiten und der Erneuerung des Erzbistums wollte der König diesen Mißständen begegnen.

Der Mangel an ausgebildeten Priestern und Predigern war vielfach der Grund dafür, daß die Patronatsherren lutherische Geistliche oder entlaufene Mönche anstellten, die – auch wenn sie etwa auf Druck des Statthalters entlassen werden mußten – nicht durch katholische Priester zu ersetzen waren. Diesen Zusammenhang erkannte das Domkapitel als erstes und ergriff bereits 1547 die Initiative. Mit dem Hinweis auf den Sieg über die protestantischen Stände trug es dem König die Bitte vor, einen Erzbischof einzusetzen und die Prager Universität der Kirche zu restituieren. Das Hauptziel war die solide Ausbildung von Predigern und Seelsorgern¹⁸. 1552 wiederholte eine Gesandtschaft des Kapitels beim König diese Anliegen und fügte nun auch die Bitte um Errichtung eines Jesuitenkollegs an¹⁹. Konkrete Verhandlungen über die Berufung von Jesuiten eröffnete man 1554, als der König Ignatius um die Entsendung von zwölf Patres bat und

eine Kommission zur Vorbereitung der Niederlassung einsetzte. Bei den Jesuiten wurde das Unternehmen von Canisius geleitet²⁰. Das erneute Drängen des Domkapitels auf Priesterausbildungsstätten und vor allem „deutsche Prediger oder Jesuiten“²¹ führte dazu, daß im Frühjahr 1556 Ignatius wohl ganz bewußt unter den zwölf Patres zehn Deutsche und Niederländer nach Böhmen schickte. Aber die Perspektive richtete sich nicht nur auf die lutherischen deutschsprachigen Gebiete, von denen man überdies Einfluß auf Sachsen zu gewinnen hoffte, sondern Canisius war auch optimistisch, was die Bekehrungsmöglichkeit der Utraquisten betraf²². Den Abschluß einer raschen, quantitativ erfolgreichen Anfangsentwicklung²³ bildete 1562 das kaiserliche Gründungsprivileg für die Jesuitenakademie, mit dem Ferdinand dem Kolleg das Promotionsrecht verlieh, so daß die katholische Priesterausbildung nun in Prag auch mit dem Magister- und Doktorgrad abgeschlossen werden konnte.

Die Anfangserfolge, in denen sich zweifellos das Ansehen der Erziehung und Ausbildung der Jesuiten spiegelt, dürfen ihre Grenzen jedoch nicht übersehen lassen. Die Prager Jesuiten hatten nämlich auf die tschechische und damit auf die utraquistische Bevölkerung keinen Einfluß, da sie tschechisch nicht beherrschten und nur deutsch und italienisch predigten²⁴. So mußten sie ganz auf die Erziehung späterer Multiplikatoren setzen. Erst seit den achtziger Jahren wurde der allzu deutsche Charakter des Prager Kollegs allmählich überwunden, als die deutschen und tschechischen Novizen sich gegenseitig Sprachunterricht gaben und die Tschechen Václav Šturm und Balthasar Hoštounský sich bereits in aufsehenerregenden Kontroversschriften mit den Böhmischem Brüdern auseinandersetzten. Während nun die deutschen Jesuiten sich auf die Arbeit an Akademie und Schulen konzentrierten, waren die Tschechen besonders als Volksmissionare und in der Seelsorge an bedeutenden Wallfahrtsorten tätig (Heiliger Berg bei Příbram, Altbunzlau)²⁵.

Die zweite Maßnahme Ferdinands I., die Erneuerung des Prager Erzbistums – zunächst seit langem von den Utraquisten gewünscht, dann seit 1547 von Domkapitel und König geplant – stellte ein religionspolitisch komplexes Problem dar²⁶. Anders als bei der Berufung der Jesuiten zur Gewährleistung eines Aufbaus von unten durch katholische Schulerziehung und Priesterausbildung ging es hier um das frühabsolutistische Programm König Ferdinands, das er bei aller pragmatischen Flexibilität nie aus den Augen verloren hatte: Auf die Religionseinheit des Landes sollte durch eine gemeinsame geistliche Leitung der utraquistischen und katholischen Kirche hingearbeitet werden. Der Erzbischof stellte dafür kirchenrechtlich wie standespolitisch erst die erforderliche Autorität dar²⁷. Für die päpstliche Zustimmung waren jedoch zwei Hürden zu überwinden, an denen der Plan in der Vergangenheit immer wieder gescheitert war. Da König und Stände keinesfalls zur Restitution der ehemaligen erzbischöflichen Güter bereit waren, lediglich künftige Entfremdung verboten, war zum einen eine

päpstliche Dispens für die Besitzer säkularisierter Güter erforderlich²⁸. Zum anderen brauchte der Erzbischof die päpstliche *Facultas* zur Ordination *utraquistischer* Priester, um Ferdinands Reunionsprogramm überhaupt zu ermöglichen. Eine solche Zustimmung implizierte naturgemäß den Laienkelch ebenso wie die Bestätigung der Basler Kompaktaten (als Anerkennung der *utraquistischen* Sonderform innerhalb der Kirche), die ja von Pius II. 1462 ausdrücklich widerrufen worden waren. Diese für die Kurie angesichts des Protestantismus sehr heiklen Fragen machen es begreiflich, daß die Angelegenheit sich verzögerte, zumal unter dem habsburgfeindlichen Papst Paul IV.²⁹

Erst unter Pius IV. und unter dem Drängen von Nuntius Delfino kam die Sache voran. In einem Gutachten forderte der Kaiser 1560 Verzicht auf Restitution der Güter des Erzbistums und das kaiserliche Besetzungsrecht; er bot dafür als Gegenleistung eine beträchtliche Jahresbesoldung aus der königlichen Kammer und verzichtete vorerst auch auf eine *Weihefacultas* für die *Utraquisten*. So hatte es der kaiserliche Kandidat für das Erzbistum, der damalige Wiener Administrator Anton Brus von Müglitz geraten, um die Sache zu beschleunigen³⁰. Aber erst als der Papst dem Kaiser wegen der Neueröffnung des Konzils entgegenkommen mußte, stimmte die Kurie den kaiserlichen Bedingungen zu, bestätigte im September 1561 Anton Brus als Erzbischof und gab dem Kaiser Absolution für die säkularisierten Güter – ein Präzedenzfall, dem ein halbes Jahr später auch die Dispens für alle Besitzer böhmischer Kirchengüter folgen mußte³¹.

Auf der für die kaiserliche Konzeption grundlegenden Forderung nach der Ordinationserlaubnis für *utraquistische* Priester wollte Ferdinand allerdings auch in Zukunft bestehen³². Dies implizierte jedoch die Lösung der Laienkelchfrage³³. Als nach enttäuschenden Verzögerungen³⁴ die päpstliche Genehmigung des Laienkelchs im April 1564 ausgesprochen wurde, waren die Bedingungen so restriktiv für die Praxis, daß Ferdinand sie in eigenen Durchführungsbestimmungen zu mildern suchte³⁵. Die restriktive Praxis des Laienkelchs war aber wohl der geringste Grund für das Scheitern des kaiserlichen Unionsprogramms; sie stiftete freilich bei Katholiken und *Utraquisten* mehr Verwirrung als Verständigungsbereitschaft und kam vor allem viel zu spät³⁶. Der entscheidende Grund für das Scheitern dieser Alternative lag vielmehr in der Verweigerung der erzbischöflichen *Facultas* zur Ordination der *Utraquisten*, auf die der Kaiser mit Unterstützung des Nuntius immer in Verbindung mit den Laienkelchverhandlungen so sehr gedrängt hatte³⁷. Obwohl der Erzbischof auf *utraquistische* Bitten dennoch verschiedentlich in eigener Verantwortung *utraquistische* Priester weihte, mußte er angesichts jesuitischer und römischer Proteste schließlich darauf verzichten³⁸. Auch die erwähnte politische Kontrolle über die *utraquistische* Kirchenleitung rettete das habsburgische Unionsprogramm nicht mehr. Die wachsenden konfessionellen Gegensätze haben diesen dritten Weg einer relativen Pluralität im Rahmen einer katholischen Jurisdiktion versperrt.

Einerseits setzten Papst und Konzil ganz auf Einheitlichkeit; andererseits war die Mehrheit der böhmischen Utraquisten schon so weit zur Reformation übergegangen, daß auch bei einer konsequenten Durchführung des kaiserlichen Programms der Erfolg zweifelhaft war³⁹. Sowohl das Scheitern von Ferdinands Unionsprogramm als auch das der Abwehrbemühungen des Königs und des Erzbischofs gegen den wachsenden Protestantismus erwies sich schließlich definitiv an der „Confessio Bohemica“ (1575), mit der sich die evangelisch-utraquistische Ständeopposition unter Maximilian II. durchzusetzen vermochte⁴⁰.

*

Um 1600 beobachtet die Historiographie nun ganz einhellig eine Wende zum Aufstieg der katholischen Erneuerung⁴¹. Zwar ist es grundsätzlich richtig, daß die katholische Kirche Böhmens in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts „ein Kopf ohne Körper“ war⁴². Aber jene Wende bereitete sich doch schon seit den achtziger Jahren auch von der Basis her vor. Der Mangel an Weltpriestern war zwar noch groß, aber durch einen beginnenden Aufschwung in manchen Orden und Klöstern konnte von dort aus die Seelsorge allmählich intensiviert werden – so vor allem von den Kreuzherren mit dem roten Stern und von den Prämonstratensern⁴³. Deren Abt im Prager Kloster Strahov, Johann Lohelius (seit 1612 Erzbischof), wirkte in der Funktion eines Generalvikars des Ordens als Visitor und Reformier seit 1586⁴⁴.

Den folgenreichsten Beitrag zur Anbahnung einer Wende leisteten unter den Orden aber doch wohl die Jesuiten, deren Erziehungsarbeit in realistischer Einschätzung der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse vorwiegend den Adel im Blick hatte. Auch Söhne protestantischer Adelliger wurden von ihren Kollegien angezogen, so daß um 1600 die bedeutenden Familien Liechtenstein in Mähren und Slavata in Böhmen zum Katholizismus konvertierten. Der Verbindung zu den wenigen, aber mächtigen und reich begüterten katholischen Adelsfamilien (Rosenberg, Lobkowitz, Neuhaus/z Hradce, Martinitz, Pernstein) verdankten sie die Expansion in die Regionen Süd- und Nordböhmens durch neue Kollegiengründungen: 1584/86 durch die Rosenberger in Krumau, 1590 durch Lobkowitz in Komotau und 1594 durch die Neuhauser in Neuhaus (Jindřichův Hradec)⁴⁵. Adelige Jesuitenschüler beriefen ihre Erzieher auch zur Mission auf ihre Güter. Insbesondere Georg Popel von Lobkowitz bekämpfte den Protestantismus bewußt durch Güterkäufe und konfessionelle Vereinheitlichung seiner Herrschaften. Er ging dabei mit so scharfen gegenreformatorischen Befehlen vor, daß es 1590 kurz nach Ankunft der Jesuiten in Komotau zum aufsehenerregenden Volksaufstand kam⁴⁶.

Zu jener Wende trugen so einerseits von der reformerischen Basis her die Orden bei, andererseits aber ganz wesentlich auch die päpstlichen Nuntien, gleichsam von der religionspolitischen Spitze aus. Die Nuntiatur wur-

de 1583 nach Prag verlegt, da die Kurie nun Böhmen ihre besondere Aufmerksamkeit widmete, um direkter auf den Kaiserhof wirken und eventuell auf Sachsen Einfluß nehmen zu können. Ihre politische Strategie zielte darauf, in die Entscheidungspositionen im Lande Katholiken zu bringen, um so eine gegenreformatorische Führungsgruppe aufzubauen. Daher knüpften auch die Nuntien enge Verbindungen zu den großen katholischen Grundherren an⁴⁷. Die beiden mächtigsten Barone, Wilhelm von Rosenberg (Oberstburggraf und damit Spitze der ständischen Regierung) und Georg von Lobkowitz (als Obersthofmeister etwa an zweiter Stelle der Ämterränge) verpflichteten sich bereits im Juni 1584 gegenüber Nuntius Bonomi ausdrücklich, die katholische Religion zu fördern⁴⁸. Wenige Tage später legte der Nuntius einen Plan vor, dessen Forderungen der Rekatholisierung zum Durchbruch verhelfen sollten, jedoch schließlich erst nach 1620 realisierbar waren; immerhin wirkte der Plan auch dann noch als strategisches Konzept⁴⁹.

Er war zwar zunächst mit Rücksicht auf das finanzielle Wohlwollen der Stände und auf die polnischen Thronambitionen der Habsburger illusorisch. Als aber 1592 Oberstburggraf Wilhelm von Rosenberg starb, schienen dem mächtigen Georg von Lobkowitz die Türen zum obersten Landesamt und zu einem Kurswechsel in der Religionspolitik offenzustehen. Sein Ehrgeiz ging jedoch für die damaligen politischen Verhältnisse viel zu weit. Lobkowitz strebte nämlich nicht nur das Oberstburggrafenamt an, sondern er wollte auch Präsident des kaiserlichen Geheimrates, Erzbischof und Kardinal werden; ja, er hatte auch schon öffentlich geäußert, daß er sich selbst für den geeigneten Thronkandidaten hielt⁵⁰. Diese phantastischen Machtambitionen brachten ihn zu Fall und verzögerten das Rekatholisierungsprogramm um viele Jahre. Denn sie machten es der protestantischen Ständeopposition leicht, das Mißtrauen des Kaisers gegen den hochadeligen Konkurrenten zu nähren. Nach dem Sturz des Anführers der katholischen Partei gewann die protestantische Gruppe in der Regierung für viele Jahre das Übergewicht⁵¹.

Erst Nuntius Spinelli gelang es, bald nach seinem Amtsantritt 1599, den Kaiser von der Notwendigkeit eines katholischen Ämterwechsels zu überzeugen und eine aufsehenerregende und nachhaltige Wende herbeizuführen⁵². Alle höheren Landesämter verlieh der Kaiser nun an Mitglieder der bedeutendsten katholischen Familien, darunter zwei aus dem (damit rehabilitierten) Hause Lobkowitz. Mit Zdeněk Adalbert Popel von Lobkowitz als Oberstkanzler und einem entschiedenen Katholiken als Vizekanzler wurde vor allem die böhmische Kanzlei zu einem Instrument der Rekatholisierungspolitik. Lobkowitz, ein Kenner der Theoretiker des Absolutismus, zielte auf die Stärkung der Souveränität des katholischen Herrschers gegen die evangelischen Stände, so daß man ihn als Vorkämpfer des Absolutismus gesehen hat⁵³. Mit diesem Regierungswechsel – dem größten Erfolg der päpstlichen Politik vor 1620⁵⁴ – und zumal mit der Person Zdeněk Lobko-

witz' – wurde die enge Verbindung zwischen politischem Katholizismus und Absolutismus, zwischen religiösen Erneuerungszielen und monarchischer Machtsteigerung grundgelegt.

Die Verbindung von geistlicher und weltlicher Macht war in Böhmen auch durch die Person des Erzbischofs Zbynko Berka von Dubá nun enger geknüpft. Im Unterschied zu seinen landeskirchlich gesinnten Vorgängern hatte er sich nämlich vor seiner päpstlichen Bestätigung im Jahre 1592 verpflichten müssen, sich ausschließlich an den Rat des Nuntius zu halten und den Konsens mit dem Jesuitenprovinzial zu suchen. Einerseits waren so die geistlichen politischen Kräfte in Prag zusammengefaßt und auf die römische Politik ausgerichtet. Andererseits hatte der Erzbischof als Mitglied des Herrenstandes auch einen natürlichen Kontakt zur weltlichen Politik, zu Ständen und Adel, der sich nun dadurch intensivierte, daß sein Bruder Oberstkämmerer wurde und der Oberstkanzler von Lobkowitz sein Neffe war. Überdies erhob ihn der Kaiser 1603 zum Fürsten und damit in die Spitzengruppe des Herrenstandes⁵⁵. Aus seiner nunmehr politisch gestärkten Position heraus konnte es der Erzbischof auch wagen, mit der Durchführung der Trienter Reformbeschlüsse zu beginnen, die bisher von seinen Vorgängern und den Kaisern immer wieder mit Rücksicht auf die Stände verschoben worden war. So berief er 1605 die erste regelrechte Diözesansynode Böhmens, die den Grund legte für die Erneuerung und Festigung der Klerusdisziplin und der Seelsorge⁵⁶. Sie schloß die katholische Wende um 1600 gleichsam sichtbar ab, indem sie die religionspolitische Gegenreformation jener Jahre nutzte für den Beginn einer neuen Phase auch innerkatholischer Erneuerung.

Die Dynamik dieser Erneuerung in Frömmigkeit und Seelsorge wurde freilich nach wie vor von den Orden getragen. Neben die an Aktivität herausragenden Prämonstratenser und Jesuiten traten nun – gerade auch seit 1600 – als dritter für die Zukunft der Erneuerung bedeutender Orden die Kapuziner. Sie fanden so starke Verbreitung, daß sie innerhalb von sechzehn Jahren in Böhmen-Mähren bereits acht Ordenshäuser errichteten. Da der Priester- und Seelsorgermangel zumal in den tschechischen Regionen Böhmens besonders schwer zu überwinden war, erreichten die Kapuziner durch ihre vorwiegend tschechische Missionsbewegung für die katholische Erneuerung eine spezifische Bedeutung. Von ihrem Zentrum Raudnitz aus verbreiteten sie nach 1620 volkssprachliche Erbauungsliteratur und füllten so neben den Jesuiten eine in der Reformationszeit entstandene fühlbare Lücke⁵⁷. – Vor dem Ständeaufstand bereits bestanden in Böhmen nunmehr wieder 36 Klöster und Kapitel (ebenso viele in Mähren) mit durchschnittlich 25–35 Angehörigen. Wenn man diese Zahl den 200–300 geschätzten katholischen Pfarreien, die mit Weltpriestern nicht einmal alle zu besetzen waren⁵⁸, gegenüberstellt, so ermißt man die Bedeutung des Aufschwungs der Orden für die Seelsorge und für die katholische Erneuerung überhaupt.

Die erste, sozusagen institutionelle Gründungsphase der katholischen Reform unter Ferdinand I. war von der Zielsetzung geleitet gewesen, die Utraquisten für eine Reunion mit der katholischen Kirche zu gewinnen. Die geistlich-politische Formierungsphase um 1600 suchte dagegen schon keine Kompromisse mehr, sondern war auf Selbstbehauptung und gegenreformatorische Rückeroberung ausgerichtet. Den entschiedenen geistlichen und adeligen Vertretern der katholischen Religionspartei war die Vorstellung eines konfessionellen Pluralismus fremd; sie setzten ebenso auf Konfrontation wie die vom politischen Calvinismus geführten evangelischen Stände, die ihre organisatorische Formierung mit der Durchsetzung des Majestätsbriefs Kaiser Rudolfs 1609 erreichten⁵⁹. In merklicher Kontinuität baut auf dem gegenreformatorischen Selbstbewußtsein und der Zielsetzung dieser zweiten Phase nun auch die dritte Phase der endgültigen gegenreformatorischen Durchführung auf – nach dem Sieg über die evangelischen Stände am Weißen Berg 1620. Die bislang entscheidende Barriere für jede katholische Reform, die Notwendigkeit politischer Rücksichten auf die Ständeopposition nämlich, war mit dem „Weißen Berg“ schlagartig gefallen.

Mit Kaiser Ferdinand II. bestimmte nun überdies ein Herrscher die Gegenreformation, der ganz von den Idealen eines konfessionell begründeten Absolutismus durchdrungen war⁶⁰. Die Linie einer raschen, notfalls gewaltsamen, obrigkeitlich durchgeführten Gegenreformation vertraten mit ihm zusammen die Jesuiten, besonders sein Beichtvater und Berater Lamormain, der päpstliche Nuntius Caraffa und Erzbischof Lohelius, dessen Generalvikar Plateis und der Strahover Abt Questenberg. Deren Konzeption ging davon aus, in einer raschen „Generalaktion“ nach der Bestrafung der Aufstandsführer die Situation zu nutzen, um Böhmen für die katholische Religion und für die Habsburger schnell zu sichern als Voraussetzung für deren politische Position im Reich⁶¹.

Im Gegensatz dazu versuchten einige kaiserliche Räte und Landesbeamte mit dem Statthalter, Fürst Karl von Liechtenstein, an der Spitze, das Tempo der gegenreformatorischen Maßnahmen zu bremsen mit Rücksicht auf die militärisch noch gefährdete Situation⁶², auf drohende Unruhen im Lande und vor allem auf die Wirkung im Reich, insbesondere auf den mit Habsburg bislang verbundenen Kurfürsten von Sachsen. Wohl in Anlehnung an die vermittelnden Politiker in Frankreich im 16. Jahrhundert nannte Caraffa diese Gruppe abwertend die „Politici“⁶³. Vor allem versuchte Liechtenstein immer noch den Laienkelch zu bewahren als Brücke für bekehrungswillige Protestanten. Die katholische Geistlichkeit aber lehnte den Laienkelch als Symbol der Spaltung ab und erreichte beim Papst 1621/22 seine Abschaffung⁶⁴. In der Tat hatte sich diese vermittelnde Konzeption ja bereits in der Vergangenheit in Böhmen als Illusion erwiesen.

Der Kaiser hielt sich vorerst an den Rat der Beamten und ließ nach dem Strafgericht über die Aufständischen 1621 nur die Prediger und Lehrer der

politisch besonders verdächtigen Calvinisten und Böhmisches Brüder ausweisen und – gemäß dem alten Nuntiatursplan – drei Prager Pfarrkirchen den Katholiken übergeben. Nach dem Abzug Mansfelds aus Böhmen und dem Frieden mit Bethlen traf aber die Ausweisung im selben Jahr auch noch die Geistlichen der *Confessio Bohemica*, die evangelisch-utraquistische Mehrheit also, in allen königlichen Städten⁶⁵. Auf Drängen der Geistlichkeit, die das Ziel der Religionseinheit nachdrücklich weiterverfolgte, wurden schließlich ein Jahr später auch die eigentlichen Lutheraner Nord- und Nordwestböhmens ausgewiesen, trotz der Einsprüche des sächsischen Kurfürsten⁶⁶. Infolge dieser dritten Vertreibungswelle konnten nun alle Patronate nicht nur der königlichen und konfiszierten Güter, sondern auch der bisher freien königlichen Städte beschlagnahmt und deren Kollaturrechte dem Erzbischof übertragen werden⁶⁷.

Das Ziel des Nuntius, die Gegenreformation jetzt auch bei den Laien durchzuführen, war aus außenpolitischen Rücksichten ebenfalls nicht auf einen Schlag zu erreichen. Der Kaiser begann auch hier bei den Städten: Seit 1624 durften nur noch Katholiken im Besitz des Bürgerrechts sein. Die Vereinheitlichung des Adels wagte man aber erstmals, als der Kaiser 1626 gegen Dänemark und seine deutschen Gegner die Oberhand behielt und im folgenden Jahr die „Verneuerte Landesordnung“ oktroyieren konnte. Neben der Beseitigung der alten ständischen Vorrechte und der Fixierung des Absolutismus machte sie den Klerus wieder wie vor der hussitischen Revolution zum ersten Stand, widerrief den Majestätsbrief Rudolfs und erklärte damit alle nichtkatholischen Konfessionen für ungesetzlich⁶⁸. Die Religionseinheit war damit verfassungsmäßig fixiert.

Auf dieser Grundlage konnte nun ein kaiserliches Patent im Juli 1627 (in Mähren im März 1628) auch den Adel direkt ansprechen: Den Adeligen wurde eine Frist von sechs Monaten für ihre Bekehrung gesetzt und weitere sechs Monate für ihre Auswanderung und den Verkauf ihrer Güter⁶⁹. Die Folge der Wellen von Konfiskationen und Verkäufen adeliger Güter war eine beträchtliche Umschichtung und Mobilität der Adelsgesellschaft, die nun aus Österreich, Spanien und Italien ergänzt wurde. Diese Aufsteiger in Böhmen waren zum einen eng an das Haus Habsburg gebunden, zum anderen förderten und erleichterten sie die katholische Erneuerung⁷⁰ und bildeten damit eine spezielle gesellschaftliche Basis für das absolutistisch-religiöse Programm Kaiser Ferdinands II.

Die gegenreformatorischen Maßnahmen wurden freilich von Anfang an begleitet von den positiven Bemühungen kirchlichen Neuaufbaus und der Missionsarbeit. Gerade hier aber traten konzeptionelle Gegensätze noch mehr zutage als bei den antiprottestantischen Aktionen. Um dem Haupthindernis einer katholischen Erneuerung, dem ständigen Priestermangel entgegenzuwirken, war schon seit dem Sieg Ferdinands I. über die Stände (1547) immer wieder – vor allem auch im Plan des Nuntius von 1584 – die Rekatolisierung der Karls-Universität vorgeschlagen worden⁷¹. Das Ziel war,

besser gebildete Priester und Prediger aus dem Lande und im Lande auszubilden, da der bisherige Import von Ordensleuten aus Deutschland und Italien die Seelsorge in der tschechischen Bevölkerung kaum verbessern konnte⁷². Im kaiserlichen Geheimrat beschloß man daher bereits im Juli 1622 die Vereinigung der Karls-Universität mit der Jesuiten-Akademie⁷³. Die Jesuiten stellten allerdings dafür Bedingungen, die sie in einem Stiftungsbriefentwurf für die neue „Carolo-Ferdinanda“ niederlegten. Der Entwurf zielte auf ein vollständiges jesuitisches Bildungsmonopol; er beseitigte die alten erzbischöflichen Aufsichtsrechte ebenso wie die Beteiligung anderer Orden und Weltpriester an der theologischen Universitätsausbildung⁷⁴.

Der neue Erzbischof, Ernst Graf von Harrach, und sein enger Berater, der Kapuziner Valerian Magni, attackierten daher entschieden diesen Plan⁷⁵. Da Ferdinand II. ganz auf seiten der Jesuiten stand und ihr zentralistisches Unionskonzept unterstützte, konnte der Erzbischof jedoch seinen Widerstand nicht aufrechterhalten. In einem Vertrag mit den Jesuiten von 1624 verzichtete er auf fast alle seine Forderungen. Der Widerstand gegen den Stiftungsbrief kam jedoch nun aus Rom. Die Kongregation de Propaganda fide, zu der der Kapuzinerprovinzial Magni enge Beziehungen unterhielt, wollte den gleichsam geistlichen Absolutismus der Jesuiten zugunsten anderer Orden einschränken und lehnte die Bestätigung des Stiftungsbriefes ab. Ja, 1627 verbot der Papst den Jesuiten sogar ausdrücklich die Erteilung akademischer Grade und die Beeinträchtigung erzbischöflicher Rechte ohne päpstliche Genehmigung⁷⁶.

Hinter der ganzen Auseinandersetzung standen nicht nur der Kampf um alte Rechte oder um die Prinzipien der kaiserlichen und päpstlichen Jurisdiktion, sondern auch die Unterschiede philosophischer Richtungen. Durch das jesuitische Monopol war nämlich die Chance anderer Orden sehr beschränkt, mit ihren philosophischen Ausrichtungen, vor allem dem franziskanischen Scotismus, an der Ausformung der katholischen Erneuerung teilzunehmen⁷⁷. Letztlich ging es in organisatorischer und in geistiger Hinsicht um den Gegensatz zwischen einer pluralistischen Konzeption der katholischen Reform und einer absolutistisch-zentralistischen Strategie. Bezeichnenderweise plante Erzbischof Harrach auf dem Höhepunkt des Universitätsstreits seit 1626 die Errichtung eines erzbischöflichen Seminars, dessen Unterricht er anderen Orden übertragen wollte und für das er auch bereits die päpstliche Bestätigung erhielt⁷⁸. 1635 gewann er dann als erste Lehrer die vertriebenen irischen Franziskaner (Hiberner) für das „Ernestinum“. Das Seminar wurde so zu einer Hochburg des Scotismus und erhielt vom Papst 1638 das Promotionsrecht, so daß den Jesuiten in Prag eine wirkliche Konkurrenz entstand⁷⁹. Überdies begründete zur selben Zeit Abt Kaspar von Questenberg in Strahov das Collegium Norbertinum zur Ausbildung des Prämonstratensernachwuchses⁸⁰.

Die methodisch-organisatorischen Gegensätze des Universitätsstreits machten sich auch in der obrigkeitlichen Planung der Rekatholisierung be-

merkbar. 1626 ging man nämlich mit Hilfe von Reformationskommissionen zu einer strikteren Durchführung der sogenannten katholischen Generalaktion über⁸¹. Das jesuitische Gutachten, das dafür unter Führung Lamormains erstellt wurde, sah die Aktion als Kooperation von geistlicher und weltlicher Obrigkeit, jedoch unter der obersten und entscheidenden weltlichen Autorität des Kaisers. Von diesem sollte eine Kommission aus einem Laien und einem Geistlichen bevollmächtigt werden. Sie hatte die Pfarreien zu visitieren, ihren Zustand und ihre Einkünfte aufzuzeichnen, samt den Namen der Nichtkatholiken, und diesen eine Frist für die Bekehrung zu setzen. Nach einer knappen Belehrung sollte danach bis zur Rückkehr der Kommission der eigentliche Unterricht vom Pfarrer und zwei Ordensgeistlichen übernommen werden. Vorgesehen waren dafür insgesamt 15 solcher Instruktorenpaare, also etwa eines pro Kreis. Diese Belehrungsphase und Bekehrungsfrist konnte jedoch nicht zu lange ausgedehnt werden, da man die gesamte Aktion im Lande in zwei bis drei Jahren zu Ende zu bringen gedachte. Für den nötigen Nachdruck sah man eine militärische Unterstützung der Kommissare ebenso vor wie Militäreinquartierungen bei Bekehrungsunwilligen. Bei hartnäckiger Verweigerung empfahlen die Gutachten für Adelige und Bürger notfalls Ausweisung; Bauern sollten aber an der Scholle gehalten und zum Gehorsam gezwungen werden⁸².

Diese obrigkeitlich organisierte und zentral gelenkte Generalaktion zielte auf rasche Ergebnisse, da die politischen Rahmenbedingungen 1626/27 günstig waren und der Kaiser überdies eine baldige Durchsetzung seiner Autorität in einem religiös vereinheitlichten Land wünschte. Einer solchen strengen, obrigkeitlichen Gangart, die den Zwang bevorzugte, versuchten sich die geistlichen Leiter der Mission, Erzbischof Harrach und Valerian Magni – inzwischen Beauftragter der Propaganda fide –, in der Praxis entgegenzustellen. In einer Anweisung für die Instruktoren, meist Jesuiten und Kapuziner, betonte der Erzbischof recht deutlich den individuellen und rationalen Charakter der Belehrung und Bekehrung⁸³. Er empfahl, die Häretiker einzeln zur Unterredung einzuladen, den Einwand der Gewissensfreiheit anzusprechen und sich auf bestimmte grundlegende Kontroversthemata zu konzentrieren. Offenbar stellte er sich in rationalem Optimismus die Bekehrung als Ergebnis einer Diskussion vor. Insgesamt riet er zur Milde und zur Vermeidung von Gewalt.

Angesichts der Hartnäckigkeit der Häresie eher pessimistisch hinsichtlich rationaler Überzeugungskraft, betonten Jesuiten und Kaiser die politische Seite der Mission und ihre staatliche Lenkung und Durchführung⁸⁴. Demgegenüber sahen Harrach und Magni die Oberflächlichkeit einer erzwungenen Rekatholisierung, die Schwierigkeit des Priestermangels für eine rasch zu organisierende nachfolgende Seelsorge und damit zusammenhängend auch das moralisch wenig vorbildliche Beispiel der katholischen Geistlichen⁸⁵ – Faktoren, die einer raschen Durchführung Grenzen setzten. Auch aus prinzipiellen theologischen Gründen, aufgrund seiner Überzeu-

gung nämlich von der Universalität und Überlegenheit der katholischen Kirche und daher von ihrem letztlichen Sieg, empfahl Magni eine langsame und um so sicherere Rekatholisierung durch friedliche Belehrung und gutes Beispiel –, und zwar deshalb unter Leitung der Kirche, nicht des Staates.

Entscheidende Gültigkeit für die Durchführung der Generalaktion erhielt jedoch die vom Kaiser gebilligte jesuitische Methode. Dafür wurde der Erzbischof erster Reformationskommissar und bekam so besonderen Einfluß auf die Zusammensetzung der Subkommissionen, für die Magni die Instruktion verfaßte. Letztlich führte dieser Kompromiß aber zu verhängnisvollen Inkonsequenzen: Einerseits beruhte die Mission zwar auf der Methode allmählicher Bekehrung, andererseits war dafür vom politischen Rahmenprogramm her die Zeit jedoch viel zu kurz angesetzt. Dem Kaiser ging denn auch die Generalaktion zu langsam voran, so daß er die Kommission bald zu größerer Eile drängte. Die Folge waren Zwangs- und Scheinbekehrungen durch verstärkten Einsatz von Militäreinquartierungen⁸⁶; zahlreiche Rückfälle in den Zeiten sächsischer und schwedischer Besetzungen konnten daher nicht ausbleiben⁸⁷.

Im wesentlichen wurde die Rekatholisierung dann aber nach dem Kriege mit Erfolg abgeschlossen. Zu ihrer Intensivierung hatte der Erzbischof die Diözese in Vikariate eingeteilt, deren Aufgabe die Oberaufsicht über die Geistlichen, halbjährliche Synoden und die geordnete Stellenbesetzung waren. Schließlich wurden zu diesem Zweck auch die schon länger geplanten Bistümer Leitmeritz (1655) und Königgrätz (1664) gegründet⁸⁸.

Die Grenzen einer vollständigen katholischen Erneuerung in Böhmen blieben jedoch fühlbar. Zum einen lag die Ursache dafür weiterhin in dem relativ zur wachsenden Bevölkerungszahl anhaltenden Priestermangel und der immensen Ausdehnung der Pfarreien, zum anderen aber und vor allem eben in jenem staatlich-obrigkeitlichen Charakter der Gegenreformation. Die Bauern blieben mißtrauisch zugleich gegenüber Obrigkeit und Kirche, von denen sie mit Robot und Zehnt samt dem unvermeidlichen Büttel bedrängt wurden⁸⁹. Im übrigen hielt sich ein Kryptoprotentantismus auf böhmischen und mährischen Dörfern, zumal an den Grenzen zu Schlesien und zur Slowakei, über die protestantische Prediger immer wieder hereinwirken konnten. Noch die Toleranzpatente Kaiser Josephs II. wurden von Aufständen in solchen kryptoprotentantischen Regionen mitveranlaßt.

Die Rekatholisierung und die katholische Kirche des 17. Jahrhunderts sind in der tschechischen Historiographie bis heute traumatisch geprägt aus den Perspektiven der nationalen Bewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Die Ursache dafür liegt in der besonderen politischen Verknüpfung der katholischen Erneuerung. Sie entwickelte sich notwendigerweise in erster Linie als Gegenreformation und mußte den lange eingewurzelten und mehrheitlichen Hussitismus und Protestantismus beseitigen. Damit war sie jedoch zugleich bedingt – und das ist entscheidend – durch den Sieg des habsburgischen Absolutismus über das mehr als zweihundertjährige Kon-

zept des hussitisch-evangelischen Ständestaates. Dieser Sieg wurde von der nationalen Bewegung identifiziert mit dem Verlust der tschechischen Unabhängigkeit⁹⁰. Während in dieser Sicht die hussitische Revolution die Hochphase der böhmischen Geschichte überhaupt bedeutet, symbolisiert sich mit der Jahreszahl 1620 und dem Namen „Weißer Berg“ die Peripetie, die alle folgenden Katastrophen nach sich zog. Die Tatsache, daß die katholische Kirche erst mit dieser Peripetie wieder aufsteigen konnte, daß ihre Erneuerung überdies von Kaiser und Jesuiten gezielt mit der Dynastie und dem Absolutismus und seiner obrigkeitlichen Methode verbunden wurde – diese Tatsache hat die katholische Kirche in Böhmen und Mähren zumindest in den Augen der Historiker und Intellektuellen, aber auch beim national begeisterten Volk bis heute sehr belastet⁹¹.

¹ Grundlegende Literatur bei *J. K. Zeman*, *The Hussite Movement and the Reformation in Bohemia, Moravia and Slovakia (1350–1650). A bibliographical Study Guide* (Ann Arbor 1977); *F. Seibt*, *Bohemia. Probleme und Literatur seit 1945* (= HZ Sonderheft 4) (München 1970) 83–119; *Ders.*, *Die Zeit der Luxemburger und der hussitischen Revolution*, in: *K. Bosl* (Hg.), *Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder I* (Stuttgart 1967) 351–568; *K. Richter*, *Die böhmischen Länder von 1471–1740*, ebenda II (Stuttgart 1974) 99–412; *V. V. Tomek*, *Dějepis města Prahy* (Geschichte der Stadt Prag) 12 Bde. (Praha 1892–1901) hier Bd. IV–XII; *Z. Winter*, *Život církevní v Čechách. Kulturně-historický obraz z XV. a XVI. století* (Das kirchliche Leben in Böhmen. Ein kulturhistorisches Bild aus dem 15. u. 16. Jh.), 2 Bde. (Praha 1895–1896); *B. Bretholz*, *Neuere Geschichte Böhmens*, Bd. I: *Der politische und religiöse Kampf zwischen Ständen und Königtum unter Ferdinand I. (1526–1564) und Maximilian II. (1564–1576)* (= *Geschichte der europäischen Staaten* 40) (Gotha 1920). Für Einzelereignisse und -abläufe immer noch zu konsultieren *F. Palacky*, *Geschichte von Böhmen*, Bd. 1–5/2 (Prag 1836–1867).

² Zur Entwicklung und Bedeutung der böhmischen Stände *W. Eberhard*, *Das politische System und die geistige Tradition des böhmischen Ständestaates vom 13. bis zum 16. Jahrhundert*, in: *R. W. J. Evans – T. Thomas* (Hg.), *Crown, Church and Estates in Central Europe between Reformation and Baroque* (London 1989).

³ Die utraquistische Kirche war geradezu eine ständische Konfession in Leitung und Struktur. Dazu *W. Eberhard*, *Konfessionsbildung und Stände in Böhmen 1478–1530* (München-Wien 1981) 113–115. Im Grunde ging es hier um die Wiederaufnahme eines Eigenkirchenendekens, das in Böhmen erst im 14. Jh. mühsam überwunden worden war.

⁴ Zum Vergleich der oppositionellen Kapazität der böhmischen und österreichischen Stände *W. Eberhard*, *Monarchie und Widerstand. Zur ständischen Oppositionsbildung im Herrschaftssystem Ferdinands I. in Böhmen* (München 1985) 45–69.

⁵ *F. Hrejsa*, *Česká konfese, její vznik, podstata a dějiny* (Praha 1912). Gekürzte deutsche Fassung: *Die böhmische Konfession, Entstehung, Wesen und Geschichte*, in: *Jb. d. Ges. f. d. Gesch. d. Protestantismus in Österreich* 35 (1914), 37 (1916) u. 38 (1917); *J. Pánek*, *Stavovská opozice a její zápas s Habsburky 1547–1577* (Die ständische Opposition und ihr Kampf mit den Habsburgern 1547–1577) (= *Studie ČSAV* 2/1982) (Praha 1982, mit dt. Zusammenfassung) 101–119.

⁶ Dieses Konzept, das wohl letztlich auf den Legaten Lorenzo Campeggio zurückgeht, wurde von Ferdinands geistlichem Berater, Johann Fabri, unterstützt und durch die praktische Politik des Königs bestätigt. *Eberhard* (Anm. 3) 248; *Ders.* (Anm. 4) 202 f., 209–212, 217–220.

⁷ Ältere Versuche einer Rekatholisierung wurden seit den Missionsfahrten Johanns von Capestrano (1451/52 und 1454) vor allem vom Hochadel getragen, der mit einer Welle von

Klostergründungen der Franziskanerobservanten und anderer Bettelorden bis Ende des 15. Jahrhunderts und mit Neu- und Umbauten von Kirchen sowohl auf aristokratische Repräsentation als auch auf konfessionelle Vereinheitlichung seiner Grundherrschaften zielte. *Zd. Kalista*, Die katholische Reform von Hilarius bis zum Weißen Berg, in: *F. Seibt* (Hg.), *Bohemia Sacra. Das Christentum in Böhmen 973–1973* (Düsseldorf 1974) 110–144, hier 124–126; *F. Machilek*, Reformorden und Ordensreformen in den böhmischen Ländern vom 10. bis 18. Jahrhundert, in: ebenda 63–80, hier 76–77; *G. Febr*, Architektur der Spätgotik, in: *K. Swoboda* (Hg.), *Gotik in Böhmen* (München 1969) 322–340, hier 323 f., 333–337 u. 339 f. Der katholische Hochadel setzte sich damals auch in der Landespolitik und unter den Landesbeamten wieder durch. Diese katholische Ämterpolitik König Wladislaws setzte auch Ferdinand I. fort. *Eberhard* (Anm. 3) 81 f., 93 u. 101 f.; *ders.*, (Anm. 4) 199–207. Der religionspolitisch bedeutsamste Ansatz zur Erneuerung der katholischen Kirchenorganisation lag jedoch in den wiederholten Bestrebungen vor allem der romfreundlichen „Altutraquisten“, vom Papst die Neubesetzung des seit der Revolution vakanten Erzbistums zu erreichen. Diese Verhandlungen – am ausgedehntesten 1524/25 unter Kardinallegat Campeggio – scheiterten jedoch sowohl an der Forderung der Kurie nach bedingungsloser Rückkehr der Häretiker als auch an der Frage der Restitution der Kirchengüter. *Eberhard* (Anm. 3) 64–65, 80, 82–83, 89, 98–99, 101–102 u. 182–193; *A. Skýbová*, *Česká šlechta a jednání o povolení kompaktat r. 1525*, in: *Proměny feudální třídy v Čechách v pozdním feudalismu* (Der böhmische Adel und die Verhandlungen über die Bewilligung der Kompaktaten im Jahre 1525, in: Veränderungen der Feudalklasse in Böhmen im Spätfeudalismus) (= AUC, *Studia historica* 14). (Praha 1976 mit dt. Zusammenfassung) 81–108.

⁸ Vertreibung der Böhmischen Brüder nach 1547; *Richter* (Anm. 1) 155–157. Die Quellen zu ihrer Durchführung bei *K. Borový* (Hg.), *Jednání a dopisy konsistoře katolické a utrakvistické* (Verhandlungen und Briefe des katholischen utraquistischen Konsistoriums), 2 Tle. (= *Monumenta Historiae Bohemica* 5) (Praha 1868–1869) Nr. 627, 629, 642–644, 646–648, 712–715 (1554 neues Mandat). Beschwerden, daß die Patronatsherren den Geistlichen Zehnten und Einkünfte vorenthielten, Pfarreigüter selbst nutzten und ungeweihte, verheiratete Geistliche einführten, wiederholten sich jahrzehntelang ständig und veranlaßten König und Statthalter verschiedentlich zu Vorladungen und Mandaten. *Borový* Nr. 470, 605–607, 649, 659, 676, 682, 687, 699, 703, 705–707, 718–720, 722–726, 728–747 (eine breiter angelegte Aktion zur Abschaffung ungeweihter Geistlicher 1554), 752–755, 762, 790–794, 799, 804, 808, 812–813, 817, 820, 824–825, 854–855, 862, 864, 867 f., 871–872, 876, 878–881 (bis 1564). Die Maßnahmen konnten keinen dauerhaften Erfolg erzielen; *Winter* (Anm. 1) 118 und *Borový* Nr. 825. Denn das rechtsrechtliche Jus reformandi war in Böhmen nicht durchzuführen, da der Utraquismus durch Kompaktaten und Kuttenberger Religionsfrieden (1485) landesgesetzlich geschützt war, und da er überdies zu einem formalen Oberbegriff geworden war, der es den Patronatsherrn erlaubte, auch abweichende Richtungen unter dem Signum des Laienkelchs als Utraquismus auszugeben. – Vor allem mußte der König immer wieder aus finanziellen Gründen (Türkensteuern, Reichskriege) auf die Ständemehrheit Rücksicht nehmen ebenso wie auf die deutschen protestantischen Fürsten; *Richter* (Anm. 1) 161. Sogar unter den königlichen Städten waren 1562 nur noch Budweis und Pilsen katholisch geprägt; die Forderung des Domkapitels (1558), Protestanten aus den Räten auszuschließen, war nicht durchzusetzen; *F. Hrejsa*, *Dějiny křesťanství v Československu* (Geschichte des Christentums in der Tschechoslowakei) 5 Bde. (Praha 1947–1948), hier V, 249–250 u. 315–316.

⁹ Die Landtagsverhandlungen in *Sněmy české* (Die böhmischen Landtagsverhandlungen und Landtagsbeschlüsse) Bd. II (Praha 1880) 565–576. Zu der ganzen Aktion *Hrejsa* (Anm. 8) V, 168–175. – *Pánek* (Anm. 5) 38–42.

¹⁰ *Borový* (Anm. 8) Nr. 431 u. 438.

¹¹ *Sněmy české* (Anm. 9) II, 604–618.

¹² Daß religionspolitische Entscheidungen in der utraquistischen Kirche letztlich von den Ständen getroffen wurden, mußte in diesem Zusammenhang auch die Geistlichkeit anerkennen. *Borový* Nr. 431, S. 252. Zum Begriff des Altutraquismus bzw. Links- oder Neuutraquismus *Eberhard* (Anm. 3) 144–149 u. 193.

¹³ K. Krofta, Boj o konsioř pod obojı v letech 1562 až 1575 a jeho historickı zklad (Der Kampf um das utraquistische Konsistorium in den Jahren 1562 bis 1575 und seine historische Grundlage), in: ČCH 17 (1911) 28–57, 178–199, 283–303, 383–420. Dem katholischen Glauben geneigte Geistliche durften aus Prag nicht versetzt werden; *Borovı* (Anm. 8) Nr. 452. Die utraquistischen Defensoren setzte der König selbst ein, und 1554 setzte er einen mi bliebigen Administrator ab; *Hrejsa* (Anm. 8) V, 203–204 u. 213.

¹⁴ *Borovı* (Anm. 8) Nr. 546. Offenbar hatte der Erzbischof den nun wieder eingesetzten Administrator Jan Mystopol empfohlen, da dieser zum Gehorsam gegenüber der Kirche bereit sei, wenn er den Laienkelch bewahren könne: *Hrejsa* (Anm. 8) V, 326. Gegenüber den verschiedenen Protesten der Stände forderte der König diese auf, das Privileg ihres Wahlrechts vorzuweisen. Nach bewährter Methode, nur schriftlich fixierte Rechte zu akzeptieren, ging er hier wieder gegen ein wesentliches st ndisches Gewohnheitsrecht vor; *Eberhard* (Anm. 4) 503.

¹⁵ So schon 1561/62 und wieder 1565; *Hrejsa* (Anm. 8) V, 289; *E. Winter*, Tausend Jahre Geisteskampf im Sudetenraum. Das religiöse Ringen zweier Völker (Salzburg–Leipzig ²1938) 189. Seit der Confessio Bohemica 1575 konnten die Stände wieder selbst Defensoren wählen; *Kalista* (Anm. 7) 138.

¹⁶ *Winter* (Anm. 15) 189.

¹⁷ 1587 gelang es Nuntius Speziani, den Administrator Rezek zusammen mit 49 anderen Geistlichen zur offiziellen Absage an das Hussitentum zu bewegen. *Winter* (Anm. 15) 189 f; *F. Seibt*, Renaissance in Böhmen, in: *Ders.* (Hg.), Renaissance in Böhmen (München 1985) 10–26, hier 22. Konsequenterweise erklärte sich Anfang des 17. Jahrhunderts Erzbischof Berka selbst zum Administrator und setzte für das utraquistische Konsistorium einen Stellvertreter ein. Offenbar ließ man den Gedanken fallen, über das Konsistorium noch einen Einfluß auf die evangelisch geprägte utraquistische Kirche ausüben zu können. Dem Konsistorium unterstanden Ende des 16. Jahrhunderts faktisch noch etwa 200 Pfarreien, ebenso viele wie dem Erzbischof, von insgesamt etwa 1600; *Winter* (Anm. 15) 189. Mit dem Majestätsbrief von 1609 verloren die Altutraquisten das Konsistorium an die evangelischen Stände. Und nach 1620 wurde die Restauration eines katholischen Utraquismus auf utraquistische Bitten hin zwar von kompromi sbereiten „Politikern“ gefördert, vom Erzbischof aber ebenso wie von den Jesuiten abgelehnt; *ebenda* 197 u. 201–202.

¹⁸ *Borovı* (Anm. 8) Nr. 605–606. Um die katholischen Pfarreien wenigstens rechtlich in Händen zu behalten, befahl der König 1547, daß ein Pfarrer zugleich mehrere Pfarreien versorgen solle; *ebenda* Nr. 621.

¹⁹ *A. Kroess*, Geschichte der böhmischen Provinz der Gesellschaft Jesu, Bd. I–II/2 (Wien 1910–1938), hier I, 16.

²⁰ Die eifrigsten Förderer in Prag waren der Erzherzog, der Dompropst und (seit 1555) Administrator Heinrich Scribonius und der Großmeister der „Kreuzhern mit dem roten Stern“, Anton Brus; *Kroess* (Anm. 19) 19 u. 24. Ferdinand I. richtete zugleich ein Stipendium ein für je 12 Novizen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zum Studium am römischen Jesuitenkolleg; *Borovı* (Anm. 8) Nr. 758–759; *Hrejsa* (Anm. 8) V, 215.

²¹ Vom König ausdrücklich unterstützt; *Borovı* (Anm. 8) Nr. 687, S. 138–139, Nr. 749 u. 751.

²² *Kroess* (Anm. 19) 22. *Hrejsa* (Anm. 8) V, 215–216.

²³ Das Kolleg eröffnete im Juni 1556 mit theologischen, philosophischen und altsprachlichen Vorlesungen. Adelige, auch von utraquistischer Seite, gehörten bereits zu den Studenten. Das angeschlossene Gymnasium stieg von 120 Schülern der untersten Klasse auf 200 am Jahresende. Bald wurden zwei Konvikte gegründet, eines für Adelige und eines für arme Studenten. In wenigen Jahren stieg die Gesamtzahl von Schülern und Studenten auf 1500; *Hrejsa* (Anm. 8) V, 225–226.; *Kalista* (Anm. 7) 134; *J. Hemmerle*, Die Prager Universität in der neueren Zeit, in: *Bohemia Sacra* (Anm. 7) 414–426, hier 414–415. Die Finanzierung des Unternehmens kam zunächst überwiegend aus der königlichen Kammer und aus den Eink ften des verlassenen Klosters Oybin bei Zittau. Auch die Bibliothek erreichte bis Ende der sechziger Jahre einen beachtlichen Rang; *I. Hlav cek*, Kirchen, Klöster und Bibliotheken, in: *Bohemia Sacra* (Anm. 7) 396–405, hier 404. Weniger positiv wird die Entwicklung der jesuitischen

Schule beurteilt von *F. Šmabel – M. Truc*, *Pražská universita v období humanismu a reformace*, in: *F. Kavka* (Hg.), *Stručně dějiny University Karlovy* (Die Prager Universität in der Epoche des Humanismus und der Reformation), in: . . . *Kurze Geschichte der Karlsuniversität* (Praha 1964) 77–121, hier 110–116.

²⁴ Dem Zulauf zu Schule und Orden der Jesuiten steht 1559 die Klage des Dompropstes gegenüber, daß im selben Jahr ein einzelner ultraquistischer Prager Pfarrer 500 Katholiken gewann; *Hrejsa* (Anm. 8), 312–313.

²⁵ *Machilek* (Anm. 7) 77–78; *Kalista* (Anm. 7) 140.

²⁶ Der beste Überblick in der neueren Literatur bei *F. Kavka – A. Skýbová*, *Husitský epilog na koncilu tridentském a původní koncepcce habsburské rekatolicace Čech. Počátky obnoveného pražského arcibiskupství 1561–1580* (Ein hussitischer Epilog auf dem Trienter Konzil und die ursprüngliche Konzeption der habsburgischen Rekatholisierung Böhmens. Die Anfänge des erneuerten Prager Erzbistums 1561–1580) (Praha 1969 mit ausführl. dt. Zusammenfassung) 35–56. Nach dem Sieg über die Stände regte das Kapitel beim König die Wiederherstellung der Religionseinheit an und zu diesem Zweck an erster Stelle die Einsetzung eines Erzbischofs; *Borový* (Anm. 8) Nr. 605–606. Bei der Delegation des Dompropstes 1552 in Wien bat dieser wiederum in erster Linie um Besetzung des Erzbistums, dann um Berufung der Jesuiten; *Kroess* (Anm. 19) 16. Danach wurde jedoch 1555 der Dompropst Scribonius noch mit der Administratur des Erzbistums beauftragt; *Hrejsa* (Anm. 8) V, 193. Eine Kurzbiographie zu Scribonius bei *A. Frind*, *Die Geschichte der Bischöfe und Erzbischöfe von Prag* (Prag 1873) 178–181 und bei *dems.*, *Die Kirchengeschichte Böhmens*, Bd. 4: *Administratorenzeit* (Prag 1878) 132–135.

²⁷ Nach Ferdinands Vorstellungen sollte er zwar nicht als Geistlicher unter die Stände eingereicht werden, da die Erneuerung des geistlichen Standes ein für die Stände unakzeptables Politicum bedeutete und da der Erzbischof sich auch von der Politik fernhalten und sich auf die geistliche Arbeit konzentrieren sollte. Aber der König beabsichtigte zunächst dennoch, daß der Erzbischof aus einer hochadeligen Familie stammen sollte, da er dann durch seine persönliche Position einen Platz im Landtag hätte und so für seinen Nachfolger ein Präjudiz schaffe; *Nuntiaturreferate* II/1, 73. Er erwartete, daß die Erneuerung des Erzbistums der Anfang sein werde für die Rückkehr Böhmens zum Gehorsam gegenüber dem apostolischen Stuhl, wie er es auch in seinem Testament von 1560 niederlegte; *Hrejsa* (Anm. 8) V, 268.

²⁸ *Sněmy české* (Anm. 9) III, 11. – *Borový* (Anm. 8) Nr. 768 u. 788, S. 280–282. – *Kavka – Skýbová* (Anm. 26) 48 f.

²⁹ 1558 mußte Ferdinand dem Landtag mitteilen, daß er die Neubesetzung des Erzbistums beim Papst noch nicht habe durchsetzen können; *Sněmy české* (Anm. 9) III, 7. Im selben Jahr hielt der Papst neben anderen Vorwürfen dem Kaiser auch die Nichtbesetzung des Erzbistums vor. Dagegen wandte die böhmische Regierung ein, daran seien die Päpste selbst schuld, da sie die ultraquistische Ordinationserlaubnis zum Schaden der Seelsorge nicht gäben; *Borový* (Anm. 8) Nr. 786, S. 282–284.

³⁰ *Nuntiaturreferate* II/1, 415–421. *Kavka – Skýbová* (Anm. 26) 47. – *Hrejsa* (Anm. 8) V, 268 f.

³¹ *Hrejsa* (Anm. 8) V, 280 f.; *Kavka – Skýbová* (Anm. 26) 53 f. und 63–69. Zur Person des Anton Brus *Frind*, *Bischöfe* (Anm. 26) 182–188. *J. Cvrček*, *Antonín Brus z Mohelnice* (Anton Brus von Müglitz), in: *ČCH* 2 (1896) 30–39. Als Großmeister der Kreuzherren mit dem roten Stern wirkte er durch Reformbemühungen und förderte die Berufung der Jesuiten nach Prag. Als kaiserlicher Orator auf dem Konzil bemühte er sich, intransigente Positionen zu mäßigen, sowohl gegenüber Ultraquisten und Laienkelch als auch in der Kongregation für den Index. Seine Bibliothek belegt einen weiten geistigen Horizont und eine tolerante Einstellung (Erasmus!). *Machilek* (Anm. 7) 78. *Hlaváček* (Anm. 23) 404. 1562 übergab ihm der Kaiser die Büchzensur für Böhmen, die er jedoch damals nicht allzu streng handhaben konnte und die auch kaum durchsetzbar war. *Hrejsa* (Anm. 8) V, 312 u. 340. *Borový* (Anm. 8) Nr. 901 und 904. *R. J. W. Evans*, *Das Werden der Habsburgermonarchie. Gesellschaft, Kultur, Institutionen* (= *Forschungen zur Geschichte des Donauraumes* 6) (Wien-Köln-Graz 1986) 31 u. 34.

³² So seine Äußerung gegenüber dem Landtag bei der Bekanntgabe der Ernennung des

Erzbischofs am 12. I. 1562. *Borový* (Anm. 8) Nr. 826.

³³ In dieser Frage wollte der Papst das Konzil nicht umgehen. Die Trienter Verhandlungen darüber im Juni–September 1562 koinzidierten unglücklicherweise mit der Konzilskrise und fanden in entscheidenden Phasen in Abwesenheit des böhmischen Experten des Kaisers, des Erzbischofs Brus, statt. Schließlich wurden sie noch überfrachtet von Ferdinands Reformlibell, das u. a. die für die traditionellen Utraquisten unerhebliche Priesterehe und die für alle Utraquisten selbstverständliche Volkssprache in der Liturgie verlangte. *H. Jedin*, Geschichte des Konzils von Trient, Bd. I–IV/2 (Freiburg-Basel-Wien 1951–1975) hier IV/1 (1975) 158–169, 172–173 u. 192–200 (zu Reformlibell und Laienkelchverhandlungen). *G. Eder*, Die Reformvorschläge Kaiser Ferdinands I. auf dem Konzil von Trient (= RST 18/19) (Münster 1911). *Kavka – Skýbová* (Anm. 26) 77–138. *Hrejsa* (Anm. 8) 309–312. Einige Priester teilten in Böhmen den Laienkelch nach Aussage des Dompropstes schon seit 1561 aus. Für die Volkssprache in der Liturgie übersetzte der apostolische Administrator der Lausitz, Leisentritt, bereits die Tauf- und Trauungsrituale; *Winter* (Anm. 15) 175. Die Kommunion der Kleinkinder, über die das Konzil ebenfalls ablehnend verhandelte, war eine Tradition, die für die Utraquisten zu ihrer Identität gehörte. Erzbischof Brus sah darin – neben dem Konsistorium und dem Hus-Fest – ein Haupthindernis ihrer Vereinigung mit der katholischen Kirche; *Borový* (Anm. 8) Nr. 865, S. 362.

³⁴ Nuntius Delfino hatte im Oktober 1563 dem Kaiser versprochen, den Papst zur Erfüllung seiner Hauptforderungen zu bewegen, wenn Ferdinand dem Abschluß des Konzils zustimme. *Nuntiaturreferate* II/3, 440 u. 452–453. – *Bretholz* (Anm. 1) 300. Nachdem sich nicht nur die Genehmigung des Laienkelchs, sondern auch die der Ordination der utraquistischen Priester verzögerte, veröffentlichte der Kaiser am 26. Sept. 1562, wenige Tage also nach der Überweisung der Kelchfrage durch das Konzil an den Papst, die Goldene Bulle für die Erneuerung des Erzbistums, dessen Funktion er darin auf die Katholiken beschränken mußte. *Kavka – Skýbová* (Anm. 26) 139 f. In einem erzbischöflichen Gutachten und in der Antwort Erzherzog Ferdinands darauf (23. VI. 1563) wurden noch während des Konzils die Forderungen nach Laienkelch und utraquistischen Priesterweihen wieder in folgerichtig enger Verbindung vorgetragen; *Borový* (Anm. 8) Nr. 865. Ferdinand forderte 1564 neben Laienkelch und Priesterehe auch den Altardienst von Laien; *Nuntiaturreferate* II/4, 36–50.

³⁵ Nach dem päpstlichen Breve sollte vor der Kommunion gebeichtet, der Glauben bekannt, Irrtümern abgeschworen und die Realpräsenz verkündet werden. Zu strenge Bedingungen waren in den Augen des Kaisers ein Hindernis für das eigentliche Ziel der Vereinigung. Nach Verhandlungen zwischen Erzbischof, Erzherzog und kaiserlichen Räten über die Durchführung, erließ der Kaiser eine Instruktion, nach der Katholiken und Utraquisten gemeinsam zur Kommunion gehen und dabei die Wahl zwischen einem konsekrierten und einem nicht konsekrierten Kelch haben sollten. *Hrejsa* (Anm. 8) V, 351–354. *J. Pažout* (Hg.), *Jednání a dopisy konsistoře pod obojí . . . z let 1562–1570* (Verhandlungen und Briefe des utraquistischen Konsistoriums aus den Jahren 1562–1570) (Praha 1906) Nr. 104–107 u. 134. *A. Frind* (Hg.), *Urkunden über die Bewilligung des Laienkelchs in Böhmen unter Kaiser Ferdinand I.* (= Abh. d. kgl. böhm. Ges. d. Wiss. VI/6) (Prag 1873) Nr. 14; *Borový* (Anm. 8) Nr. 905. ³⁶ *Winter* (Anm. 15) 177; *Kavka – Skýbová* (Anm. 26) 157 f.

³⁷ *Nuntiaturreferate* II/3, 26–31 und *Bretholz* (Anm. 1) 295: Im März 1562 äußerte der Kaiser gegenüber dem Nuntius und seinen römischen Gesandten sich noch mit optimistischen Erläuterungen seines Unionsprogramms. Ein Gutachten des Erzbischofs an Ferdinand und die Stellungnahme des Erzherzogs dazu 1563 bei *Pažout* (Anm. 35) Nr. 21 f. und 26. *S. Steinherz*; Eine Denkschrift des Prager Erzbischofs Anton Brus über die Herstellung der Glaubenseinheit in Böhmen (1563), in: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen* 45 (1907) 162–177; *Borový* (Anm. 8) Nr. 865.

³⁸ 1562 lehnte er die utraquistische Bitte noch ab, ordinierte 1564 unter der Bedingung des Verzichts auf die Kommunion der Kleinkinder und weihte letztmals 1568 aus seelsorgerlichen Gründen unter dem Schutz des Kaisers. *Hrejsa* (Anm. 8) V, 326 f., 337, 339, 353, 356, 359 (erheblicher Priestermangel der Utraquisten 1564); *Winter* (Anm. 15) 178.

³⁹ *Hrejsa* (Anm. 8) V, 356 f. Der Erzbischof war sogar nach Meinung Erzherzog Ferdi-

nands viel zu optimistisch, was die Beseitigung der letzten trennenden Unterschiede bei den Utraquisten anging – *Borový* (Anm. 8) Nr. 865, S. 362 –, aber auch hinsichtlich der Wirkung der Kelchbewilligung; *Hrejsa* (Anm. 8) V, 356. Neben seiner Verständigungspolitik bemühte sich der neue Erzbischof um den Ausbau von Domkapitel und Kathedrale; *Borový* (Anm. 8) Nr. 845 f., 857, 860 f.; *Hrejsa* (Anm. 8) V, 313. Vor allem aber berief er zur Klerusreform bald nach seiner Rückkehr aus Trient eine Versammlung der Archidiakone und Dekane (1565) als Ersatz für eine von Maximilian II. verweigerte Diözesansynode, um die sich bereits unter Ferdinand das Domkapitel bemüht hatte. *Borový* (Anm. 8) Nr. 682, 687, 887 f.; *Hrejsa* (Anm. 8) V, 352 f.; *Winter* (Anm. 15) 177. Der Text der Statuten bei *J. F. Schannat – J. Hartzheim* (Hgg.), *Concilia Germaniae*, 10 Bde. (Köln 1759–1775), hier VII (1767) 26–54. In seinem Kampf gegen die Beeinträchtigung der geistlichen Jurisdiktion, Güter und Einkünfte durch die Patronatsherren – *Borový* (Anm. 8) Nr. 855, 871, 874, 878, 884 f., 889, 891, 894, 896, 899 – wurde er von Maximilian II. nicht mehr unterstützt. Der Kaiser war nämlich durch wachsende Staatsschulden zunehmend abhängig vom Wohlwollen der Ständeopposition; auch die Landesbeamten waren nicht mehr bedingungslose Anhänger der habsburgischen Politik. Eine ausgezeichnete Zusammenfassung dazu das Kapitel bei *Pánek* (Anm. 5) 79–100. Die finanziellen und politischen Bedingungen waren für Maximilians Schwäche gegenüber den Protestanten entscheidender als seine früheren evangelischen Neigungen, auf die er bereits vor seiner böhmischen Krönung gegenüber Ferdinand verzichtet hatte; *Hrejsa* (Anm. 8) V, 321–323.

⁴⁰ Seine gegenreformatorische Grundeinstellung bewies Maximilian mit dem Druckverbot für die *Confessio Bohemica* und dem Mandat gegen die Brüderunität vom selben Jahr; *Kalista* (Anm. 7) 141.

⁴¹ *Seibt* (Anm. 17) 22; *J. Janáček*, Rudolf II. a jeho doba (Rudolf II. und seine Zeit) (Praha 1987) 301; *K. Stloukal*, Papežská politika a císařský dvůr pražský na přelomu XVI. a XVII. věku (Die päpstliche Politik und der Prager Kaiserhof an der Wende des 16. und 17. Jh.s) (Praha 1925 mit ital. Zusammenfassung) 159 u. 187; *Evans* (Anm. 31) 53.

⁴² *Evans* (Anm. 31) 33; *Winter* (Anm. 15) 184 gibt an, daß Ende des 16. Jahrhunderts von etwa 1600 böhmischen Pfarreien noch ca. 200 vom altutraquistischen Konsistorium besetzt wurden und ebenfalls 200 katholisch waren; die übrigen bekannten sich zur *Confessio Bohemica*. Die Gesamtzahl der Großpfarreien dürfte jedoch bei etwa 1300 liegen; *Richter* (Anm. 1) 265.

⁴³ Die Kreuzherrn, ein rein böhmischer Orden, dessen Großmeister 1561–1694 immer zugleich der Erzbischof war, lebten diszipliniert monastisch und betrieben auf ihren Besitzungen mit ca. 100 Pfarreien gezielte Seelsorge; *Evans* (Anm. 31) 167. Die Prämonstratenser ragten in Ordensreform, Seelsorgstätigkeit und Schulerziehung besonders heraus. Ihre Äbte von Tepl, Johann Mäuskönig (1559–1585), und von Bruck/Südmähren, Graf Freitag von Čepiroh (1572–1585), vertraten entschieden das Trienter Rekatholisierungskonzept. *Machilek* (Anm. 7) 78; *Winter* (Anm. 15) 175; *Evans* (Anm. 31) 53.

⁴⁴ Er brachte Strahov zu neuer rechtlicher, wirtschaftlicher und geistiger Bedeutung; sein kongenialer Nachfolger wurde Abt Kaspar von Questenberg (1612–1640). Als Mitarbeiter von Lohelius wirkte im Benediktinerkloster Břevnov/Braunau Abt Wolfgang Selender; von hier ging die benediktinische Ordensreform aus. *Machilek* (Anm. 7) 78; *Evans* (Anm. 31) 165 f. Auch die Zisterzienser erlebten eine Erneuerung im südböhmischen Hohenfurt und im Kloster Sedlec. *Winter* (Anm. 15) 174; *Evans* (Anm. 31) 166.

⁴⁵ *Machilek* (Anm. 7) 77; *Evans* (Anm. 31) 112. 1561 hatte man noch erfolglos um eine Kolleggründung in Pilsen verhandelt, wo die zwei restlichen Dominikaner sich weigerten, ihr Klostergebäude abzutreten; *Hrejsa* (Anm. 8) V, 282. Vor den böhmischen Neugründungen waren bereits 1566 in Olmütz und 1573 in Brünn Jesuitenkollegien entstanden. Die Olmützer Bischöfe standen in enger Verbindung mit ihnen und hatten im Gegensatz zum Prager Erzbischof noch Kirchengüter bewahren können. Sie waren auch innerhalb des Herrenstandes Mitglieder des mährischen Landtags. Das Olmützer Kolleg wurde von Bischof Wilhelm Prusinovský 1570 zur Akademie und 1581 durch Kaiser Rudolf zur Universität erhoben. Seit 1573 bestand in Brünn ein Noviziatshaus der österreichischen Provinz, zu der die böhmischen Länder noch gehörten.

⁴⁶ *Janáček* (Anm. 41) 300–303.

⁴⁷ *Stloukal* (Anm. 41) 155–158; *Janáček* (Anm. 41) 297. Die geistlich-religiöse Formierung der katholischen Hofgesellschaft versuchte eine Hofbruderschaft vom Allerheiligsten Sakrament, die seit 1580 an der Augustinereremiten-Kirche St. Thomas/Prag-Kleinseite (unter Rudolf II. Hofpfarrkirche) bestand und der Persönlichkeiten aus Adel und Klerus angehörten. *Machilek* (Anm. 7) 79.

⁴⁸ Im Haus der Rosenberger fand vor dem Abschied Bonomis aus Prag im Dezember 1584 auch eine Besprechung des Nuntius mit den führenden katholischen Adelligen und Geistlichen statt. *Stloukal* (Anm. 41) 158 f.

⁴⁹ Inhalt: Strengere Bücherzensur durch die Jesuiten; drei Prager Pfarrkirchen für die Katholiken; Restitution der Karls-Universität oder Erhebung der Jesuitenschule zur Volluniversität; Vertreibung der Böhmisches Brüder als gefährlichste Gegner, dann der Lutheraner, und schließlich Nötigung der Utraquisten zur Union mit Rom; Reform der katholischen Klöster und Pfarreien durch kaiserliche Visitatoren. *Stloukal* (Anm. 41) 158; *Winter* (Anm. 15) 190 f. – 1587 forderte Nuntius Sega in einer Denkschrift an den Kaiser erneut die Rekatholisierung der Karls-Universität; *Kalista* (Anm. 7) 142.

⁵⁰ *Richter* (Anm. 1) 186 f.; *Janáček* (Anm. 41) 299–309 ausführlich zu Person und Affäre Lobkowitz; *Winter* (Anm. 15) 191; *Kalista* (Anm. 7) 141. Während die Nuntien ebenso wie der Jesuitengeneral zunächst die Ziele Lobkowitz' unterstützten, ging Nuntius Speziano 1592 noch rechtzeitig auf Distanz zu ihm, um die päpstliche Politik nicht zu gefährden, da er die Gefahr der Machtkonzentration angesichts des bekannten Mißtrauens Rudolfs II. sah. Für Lobkowitz trifft wohl besonders die Beobachtung zu, daß die konfessionelle Radikalisierung der Generation um 1600 sich mit dem politischen Machtstreben traf, indem man Religion für die eigene Politik nutzte; *Seibt* (Anm. 17) 22.

⁵¹ Lobkowitz hatte sich mit der Landtagsopposition verbunden und so kaiserliche Steuerforderungen behindert – ein gravierender Affront, da es um die Finanzen für den drohenden Türkenkrieg (1593–1606) ging. Im folgenden Prozeß wurde er zu lebenslanglichem Gefängnis und Güterkonfiskation verurteilt. Lobkowitz war nach Zdeněk von Sternberg (1465 gegen König Georg) und Zdeněk Lev von Rožmitál (1525/26) der dritte Fall eines katholischen Magnaten, der versuchte, gegen die Nichtkatholiken das Königtum oder eine königsgleiche Stellung zu erreichen. Da das Kanzleramt nicht besetzt wurde, hielt der Vizekanzler Christoph Želinský von Sebusein, ein Mitglied der Brüderunität, die führende Stellung. Er genoß infolge der Affäre Lobkowitz das volle Vertrauen des Kaisers. Während des Streits zwischen Kaiser und Rom um die Breslauer Bischofswahl (1597) vermochte er seinen Einfluß noch zu verstärken. Zu den strittigen Wahlen von Breslau und Olmütz *Stloukal* (Anm. 41) 103–150; zu den erfolglosen Bemühungen des Nuntius im einzelnen *ebenda* 165–186.

⁵² Der Nuntius weckte das Mißtrauen des Kaisers gegen Intrigen der Hofprotestanten und bezichtigte Želinský und die evangelischen Stände der Verschwörung gegen die Dynastie. Dahinter stand das im letzten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts ohnehin wachsende Mißtrauen in der internationalen Konfrontation zwischen Calvinisten und katholischer Kirche; *Janáček* (Anm. 41) 301 f. In dieser Konfrontationssituation trat gerade das ständisch-evangelische und zugleich kaiserlich-habsburgische Böhmen in den Vordergrund internationaler Aufmerksamkeit; *Richter* (Anm. 1) 187.

⁵³ *Kalista* (Anm. 7) 143. Er war bei den Jesuiten erzogen, hatte sich bei Reisen im romanischen Europa gebildet und wurde als strenger und aus Überzeugung frommer Katholik eine Stütze für die kuriale Politik; *Stloukal* (Anm. 41) 188.

⁵⁴ *Stloukal* (Anm. 41) 196. Auf Veranlassung des Nuntius befahl der Kaiser überdies dem Erzbischof, protestantische Prediger auf königlichen Gütern zu beseitigen und die Untertanen der katholischen Kirche zuzuführen. Zugleich erhielten führende protestantische Adelige das kaiserliche Mandat, nichtkatholische Prediger aus ihren Schlössern und Städten zu entfernen; als der Präsident der Hofkammer, Ferdinand Hofmann von Grünpichl, sich weigerte, wurde er auf Drängen des Nuntius durch einen Katholiken ersetzt; *ebenda* 200–202. Spinelli betrieb auch die Erneuerung des Mandats gegen die Böhmisches Brüder, das der Kaiser nach einigem Zögern 1602 publizierte; *ebenda* 203–207. Die beiden letzteren Maßnahmen wurden aller-

dings von der Ständeopposition bald wieder gestoppt. In Prag und anderen königlichen Städten erneuerte man 1599 die Stadträte mit Katholiken. Diese Maßnahme wurde auch in Mähren durchgeführt, wo zur selben Zeit auf Betreiben der böhmischen Kanzlei die Macht in katholische Hände kam und Ladislav Berka von Dubá an die Spitze trat; *ebenda* 197 f. Die Wende ist so auch in Mähren zu beobachten. Sie wurde hier noch verstärkt durch den neuen Olmützer Bischof, Franz von Dietrichstein, der gegen starken örtlichen Widerstand von der Kurie durchgesetzt wurde und der sofort zu Maßnahmen gegen den Protestantismus schritt. *Evans* (Anm. 31) 53 f.; *Stloukal* (Anm. 41) 114–150. – Die Zahl katholischer Pfarreien, die zwischen 1560 und 1590 in Mähren von 50 auf 70 gestiegen war, nahm bis 1619 auf etwa 280 zu. *Richter* (Anm. 1) 178.

⁵⁵ *Winter* (Anm. 15) 180 u. 191 f.

⁵⁶ *Ebenda*, 192; *Kalista* (Anm. 7) 142; *F. Vacek*, Diecesní synoda pražská 1605 (Die Prager Diözesansynode 1605), in: *Sborník historického kroužku* 1896. Der Text bei *Schannat – Hartzheim* (Anm. 39) VIII, 670–763. Der Olmützer Bischof hatte gegen kaiserlichen Willen bereits 1568 eine Synode abgehalten, *Richter* (Anm. 1) 178 – eine weitere 1591; *Schannat – Hartzheim* VIII (1769) 320–367. *Ebenda* 367–402 und VII, 873–908 die Breslauer Synoden von 1580 und 1592.

⁵⁷ *Machilek* (Anm. 7) 79; *Winter* (Anm. 15) 236 f. – Ordenshäuser entstanden 1600 in Prag, 1604 in Brünn, 1611 in Nikolsburg, 1614 in Olmütz und Budweis, 1615 in Raudnitz, 1616 in Brüx und Wischau.

⁵⁸ *Winter* (Anm. 15) 184 gibt für Ende des 16. Jahrhunderts 200 katholische Pfarreien an, die bis 1618 durch Rekatholisierungsmaßnahmen auf königlichen, kirchlichen und katholischen adeligen Gütern wohl noch etwas zunahmen, wofür aber die Zahl der Weltpriester nicht ausreichte, wie auch der Nuntius befürchtete; *Stloukal* (Anm. 41) 199.

⁵⁹ Die führenden katholischen Landesbeamten Lobkowitz, Martinitz und Slavata lehnten die Anerkennung des Majestätsbriefs ebenso ab wie den gleichzeitigen „Ausgleich“ zwischen den katholischen und evangelischen Ständen. Aber auch die Kurie und Kaiser Matthias betrachteten den Majestätsbrief nicht als dauernd verbindlich. Die Atmosphäre der Konfrontation betonen *Evans* (Anm. 31) 63 f., *Stloukal* (Anm. 41) 159 f., *Seibt* (Anm. 17) 22 und *Janáček* (Anm. 41) 301 f. Zur führenden Persönlichkeit der böhmischen Calvinisten *N. Rejchrtová*, Václav Budovec z Budova (Wenzel Budowetz von Budow) (Praha 1984).

⁶⁰ Nach seiner Vorstellung war er als Inhaber der von Gott verliehenen plena potestas und als Quelle allen Rechts der Garant des wahren Glaubens. Protestantismus war für ihn Untreue und Feindschaft gegen König und Gemeinwesen. Seine intensive Frömmigkeit wurde von den Jesuiten propagiert als Vorbild der Herrschertugenden und als religiöses Modell für die katholische Gesellschaft, so insbesondere in den „Virtutes Ferdinandi II.“. *Evans* (Anm. 31) 66–69; *A. Coreth*, Pietas Austriaca. Ursprung und Entwicklung barocker Frömmigkeit in Österreich (München 1959) 48–51; *K. Eder*, Die Konfessionspolitik Ferdinands II., in: Bericht über den 3. österreichischen Historikertag (Wien 1954) 12–25; *G. Franz*, Glaube und Recht im politischen Denken Kaiser Ferdinands II., in: ARG 69 (1958); *H. Sturmberger*, Kaiser Ferdinand II. und das Problem des Absolutismus (München 1957).

⁶¹ *Winter* (Anm. 15) 195; *A. Gindely*, Geschichte der Gegenreformation in Böhmen (Leipzig 1894) 84–87. Weitere allgemeine Darstellungen zur böhmischen Gegenreformation *M. Chr. A. Peschek*, Geschichte der Gegenreformation in Böhmen, 2 Bde. (Dresden-Leipzig 1844 21850); *T. V. Bilek*, Reformace katolícká v království českém po bitvě bělohorské (Die katholische Reformation im Königreich Böhmen nach der Schlacht am Weißen Berg) (Praha 1892); *H. Opočenský*, Protireformace v Čechách po bitvě na Bílé hoře (Die Gegenreformation in Böhmen nach der Schlacht am Weißen Berg) (Praha 21921).

⁶² Die Pfalz, Graf Mansfeld, und Bethlen Gabor von Ungarn aus, versuchten die Sache des Protestantismus noch einmal zu wenden.

⁶³ Zu diesen Divergenzen und zu Liechtensteins Politik *Winter* (Anm. 15) 207 f.; *Gindely* (Anm. 61) 85, 92–94, 100, 121 f.

⁶⁴ *Winter* (Anm. 15) 201 f.; *Gindely* (Anm. 61) 107 f.; zu den Maximalforderungen der Geistlichkeit *ebenda* 98.

⁶⁵ *Ebenda* 103 f.

⁶⁶ *Ebenda* 106 f., 114–116, 120 f. Mit dem Verbot des Laienkelchs waren im Frühjahr 1622 auch die Alttrauquisten beseitigt worden; *ebenda* 108–111. Caraffas Rechtfertigung (18. XI. 1622) der Lutheranerausweisung zielte ganz auf die Religionshoheit des Herrschers und die politische Notwendigkeit der konfessionellen Einheit des Landes; *ebenda* 126 f.

⁶⁷ *Gindely* (Anm. 61) 106 u. 117. Auch allen Erwerbern konfiszierter Güter und ihren Erben wurde befohlen, nur katholische Pfarrer einzusetzen; *ebenda* 198.

⁶⁸ *Richter* (Anm. 1) 287 f.

⁶⁹ *Gindely* (Anm. 61) 263.

⁷⁰ *Richter* (Anm. 1) 292, Anm. 26.

⁷¹ *Borový* (Anm. 8) Nr. 606. Ebenso der Vorschlag des Erzbischofs 1562; *Hrejsa* (Anm. 8) V, 308.

⁷² *Gindely* (Anm. 61) 112 f. u. 195 f.

⁷³ Zum Folgenden *ebenda* 148–159; *M. Truc*, Universita pod vládou jezuitů (Die Universität unter der Herrschaft der Jesuiten), in: *Stručné dějiny* (Anm. 23) 122–145; *Hemmerle* (Anm. 23) 416 f.; *K. Spiegel*, Die Prager Universitätsunion (1618–1654), in: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen* 62 (1924) 5–94.

⁷⁴ Inhalt: Universitätsrektor identisch mit dem Rektor des Jesuitenkollegs; Kanzler und Professoren der Theologie und Philosophie aus dem Orden; Rektor ernennt die Lehrer der weltlichen Fakultäten und bestätigt die Dekane. Die Universität hatte die Oberaufsicht über das Schulwesen, überdies war den Jesuiten die Zensur übertragen. Unter der Perspektive gesellschaftlicher Mobilität ist der detaillierte jesuitische Vorschlag interessant, die Universitätsabsolventen dem Adel gleichzustellen; *Gindely* (Anm. 61) 158 f. Der Text des jesuitischen Plans bei *I. Kollmann – A. Haas* (Hgg.), *Acta congregationis de propaganda fide res gestas bohemicas illustrantia*, 2 vol. (Prag 1923–1954), hier I, Nr. 17; hier auch weitere Quellen zum folgenden Universitätsstreit und zur Durchführung der Gegenreformation für die Jahre 1622–1624.

⁷⁵ Der Erzbischof protestierte bei Jesuiten, Kaiser und Statthalter gegen die vorläufig vollzogene Universitätsunion und die Erteilung der akademischen Grade, da dies päpstliche Rechte tangiere. Zu Magni *Gindely* (Anm. 61) 160–164 und 186–192; *St. Sousedik*, Valerianus Magni 1588–1661 (St. Augustin 1982, tschech. Praha 1983); *Ders.*, Böhmisches Barockphilosophie, in: *Bohemia Sacra* (Anm. 7) 427–443, hier 435–437.

⁷⁶ *Gindely* (Anm. 61) 180. Die Jesuiten in den habsburgischen Ländern, besonders Lamormain, erregten in Rom den berechtigten Verdacht, die kaiserliche Jurisdiktion ohne Rücksicht auf die päpstliche zu unterstützen. Lamormain behauptete, nur Freunde der Jesuiten seien auch treue Anhänger des Hauses Österreich; *ebenda* 186. Zur Beendigung des Streits trennte Ferdinand III. 1638 zunächst beide Hochschulen wieder, setzte 1642 eine Kommission ein, die schließlich 1653 die Modalitäten einer neuen Vereinigung beschloß. Als oberstes Aufsichtsorgan des absolutistischen Staates erhielt die Carolo-Ferdinanda nun einen Superintendenten. *Hemmerle* (Anm. 23) 416 f.; *Spiegel* (Anm. 73) 42–81. Das kaiserliche Reskript zur Universitätsverfassung von 1654 und die Instruktion für den Superintendenten *ebenda* 91–94.

⁷⁷ Zu den philosophischen Gegensätzen *Sousedik*, Barockphilosophie (Anm. 75). Die Jesuiten bemühten sich auch in der Theologie um eine universale Einheit und suchten die Gegensätze der Schulen zu harmonisieren; *ebenda* 428. Einheitlichkeit sollte auch hier Vielfalt überwinden, um eindeutige Orientierungen zu ermöglichen. Sie entwickelten daher auch den Typus des lehrbuchartigen Kompendiums.

⁷⁸ *Gindely* (Anm. 61) 186, 192 u. 243; *Winter* (Anm. 15) 244.

⁷⁹ *Hemmerle* (Anm. 23) 416; *Evans* (Anm. 31) 167.

⁸⁰ Neben den Prämonstratensern waren es vor allem die Kapuziner und Piaristen, die gegenüber den Jesuiten den Pluralismus der Ordenslandschaft und der katholischen Erneuerung garantierten. Die Jesuiten konnten zwar 1624–1651 in Böhmen-Mähren 15 neue Kollegien gründen (in Prag gab es nun 3), die Kapuziner in derselben Zeit nur 6 Ordenshäuser; deren Gründungswelle setzte sich dafür aber im ganzen 17. Jahrhundert ungebrochen fort; *Machilek* (Anm. 7) 77 u. 79. Der neue Orden der Piaristen wurde zuerst von Kardinal Dietrichstein

1631 nach Nikolsburg gerufen und breitete sich im 17. und 18. Jahrhundert in Böhmen-Mähren weiter aus (mit 26 Niederlassungen). Er wurde besonders im Bereich der Jugenderziehung eine Konkurrenz für die Jesuiten; neben der Pflege von Schauspiel und Oper und einem gründlichen Elementarunterricht legten sie einen besonderen Akzent auf mathematische und physikalische Studien. *Machilek* (Anm. 7) 79 f.; *Winter* (Anm. 15) 249 f.

⁸¹ Seit 1624 waren in den einzelnen Kreisen Generalvisitatoren eingesetzt, um die Vertreibung der protestantischen Geistlichen zu kontrollieren und danach die katholische Pfarrorganisation neu aufzubauen; *Gindely* (Anm. 61) 204–207. Dabei mußten mehrere Pfarreien unter einem Pfarrer zusammengefaßt werden; den Pfarrern waren auch ihre Aufgaben und ihre Lebensweise neu einzuschärfen. Dieses eher informelle Vorgehen wurde vom Adel vielfach unterlaufen.

⁸² *Gindely* (Anm. 61) 246–251. In der Praxis konnten sich die Bauern dem Bekehrungszwang am ehesten entziehen, indem sie bei Herannahen der Kommission kurzfristig flüchteten.

⁸³ *Ebenda* 252–254 u. 264 f. ⁸⁴ *Winter* (Anm. 15) 210.

⁸⁵ *Gindely* (Anm. 61) 254–257. Zum Priestermangel *Winter* (Anm. 15) 213: Über den schlechten moralischen Zustand der Geistlichen klagte Harrach 1637 in einem Bericht nach Rom, er müßte eigentlich mehr davonjagen, als er weihen könne. Auch im Priesternachwuchs empfand er die Konkurrenz der Jesuiten, die in der (gesamten) böhmischen Provinz wesentlich mehr Novizen aufnahmen, als der Erzbischof für seine Diözese Priester weihte (1628: 47 neu Novizen, der Erzbischof weiht 9 Priester, davon 5 Ausländer). Die Orden verzeichneten überhaupt mehr Nachwuchs als der Säkularklerus. Weihezahlen: 1627–31 172 Ordensleute, 67 Weltpriester; 1637–41 96 Ordensleute, 82 Weltpriester.

⁸⁶ *Ebenda* 211–213.

⁸⁷ *Evans* (Anm. 31) 70 f. Der staatliche Druck auf den Erzbischof wurde so stark, daß Harrach bereits an Abdankung dachte.

⁸⁸ *J. E. Schlenz*, Geschichte des Bistums und der Diözese Leitmeritz, 2 Bde. (Warnsdorf 1912). *H. Brückner*, Die Gründung des Bistums Königgrätz (Königstein 1964). – Dank der Tätigkeit der Orden und der Unterstützung des Adels breitete sich die barocke Wallfahrtsfrömmigkeit bemerkenswert aus. Eine besondere Neuerung für Böhmen lag dabei in der Zunahme der Marienwallfahrtsorte (1655 zwei, 1672 bereits 26). Interessant ist vor allem die Verwandlung des alten Wenzelswallfahrtsortes Altbunzlau zu einer Stätte überwiegender Marienverehrung. *J. v. Herzogenberg*, Heiligtümer, Heiltümer und Schätze, in: *Bohemia Sacra* (Anm. 7) 465–474, hier 467 urteilt treffend: „Böhmen hat wie in einer marianischen Revolution den Anschluß an die Länder traditioneller Marienverehrung vollzogen, ja diese bald überflügelt.“

⁸⁹ *Winter* (Anm. 15) 260.

⁹⁰ *Gindely* (Anm. 61) 83 f. Am deutlichsten ist diese Perspektive ausgedrückt bei dem französischen Protestant *E. Denis*, *Fin de l'Indépendance bohême*, 2 Bde. (Paris 1890, ²1930, tschech. Prag 1893, ²1909, ³1932). Dazu *W. Eberhard*, Ernest Denis' Konzeption der böhmischen Geschichte und ihre Funktion in der tschechischen Geschichtswissenschaft, in: *F. Seibt* (Hg.), *Frankreich und Böhmen* (München 1989). *V. S. Mamatey*, *The Battle of White Mountain as Myth in Czech History*, in: *East European Quarterly* 15 (1981) 335–345. Eine positivere Sicht der Epoche nach dem „Weißen Berg“ – sowohl was die Funktion der Kirche angeht als auch den Verlust der nationalen Unabhängigkeit – vertrat vor allem Josef Pekař. Bezeichnend dafür die Kontroversen zu Beginn der ersten ČSR: *J. Pekař*, *Tři kapitoly z boje sv. Jana Nepomuckého* (Drei Kapitel aus dem Streit um den Hl. Johann Nepomuk) (1920), in: *Z duchovních dějin českých* (Praga 1941) 141–177; *Ders.*, *Na rozcestí osudů* (Am Scheideweg der Schicksale) ebenda 114–119; *Ders.*, Rezension zu *J. M. Bartoš*, *Světéc temna* (Ein Heiliger des Temno/Zeit der Finsternis) (Praga 1921), in: *Český Časopis Historický* 27 (1921) 469–481.

⁹¹ Bezeichnend dafür war es, daß 1918 bei der Ausrufung der Unabhängigkeit der Tschechoslowakei ein Volksaufbruch die Mariensäule auf dem Altstädter Ring in Prag stürzte, da sie als habsburgisch-religiöses Herrschaftssymbol empfunden wurde. Schon drei Jahre lang hatte damals das heute dort befindliche Hus-Denkmal bereits neben ihr gestanden.